



Frieden braucht Fachleute

Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser, gerade wird der Zivile Friedensdienst zehn Jahre alt. Wir feiern dies, auch wenn wir noch viel verbessern wollen. Andere, wie der Berliner Tagespiegel am 27.8., wollen deutlich sagen, was sie von solchem »Friedensgedöns« halten. »Die klassische Friedensprävention (!) ist Aufgabe der Außenpolitik. ... Die großen Konflikte der Weltpolitik lösen die Friedenskräfte nicht. Das bleibt Sache von Diplomatie und Militär.« Und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung kommentiert am 23.8.: »In vier Monaten Ausbildung werden bei der Organisation friedensbewegte Entwicklungshelfer offiziell befähigt, Afrikanern und anderen sogenannten Unterprivilegierten zu erklären, wie Frieden geht.«

Ja, Sie haben richtig gelesen! »Klassische Friedensprävention«! Frühzeitige Verhinderung von Frieden! Ist es das, was Außenpolitik macht, vielleicht noch mit Hilfe des Militärs? Eine schöne Vorlage zum Polemisieren, wenn die Sache, um die es geht, nicht zu ernst wäre. Was die Faktenrecherche betrifft, sind beide Artikel so schlecht, dass Fachleute meinen: »Am besten ignorieren.«

Dabei sind wir durchaus an Kritik interessiert. Das Motto der ZFD-Kampagne lautet: Wir scheuen keine Konflikte. Wenn wir einen Geburtstagswunsch frei haben, dann den: Kritik gerne, aber bitte auf einem Niveau, das für alle Beteiligten nicht reine Zeitverschwendung ist.

Herzlichst Ihr
Heinz Wagner
Geschäftsführer des forumZFD

KOSOVO



Anlässlich der Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 installierten kosovarische Bürger den Schriftzug »newborn« in der Hauptstadt Pristina. Siebzehn Monate ist Kosovo nun formal unabhängig – alleine »laufen« kann der junge Staat jedoch noch nicht.

Kosovo – eine Reise ins Glück?

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup gehören die Kosovarinnen und Kosovaren zu den glücklichsten Menschen Europas. Kein Wunder, könnte man meinen: Der Krieg liegt zehn Jahre zurück, und die meisten materiellen Schäden sind beseitigt. Der Wunsch der albanischen Bevölkerungsmehrheit nach Unabhängigkeit ist in Erfüllung gegangen. Und kaum ein Land der Welt erhält pro Kopf so umfangreiche Hilfen wie Kosovo, dem die EU die größte zivile Mission ihrer Geschichte gewidmet hat. Allein die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr Hilfszusagen von mehr als 100 Millionen Euro gegeben. Doch die Reise ins Glück verläuft holprig. Der Strom fällt in Kosovo auch zehn Jahre nach dem Krieg noch täglich aus. Eine Krankenversicherung bleibt Luxus. Der Boom in der Hauptstadt Pristina beruht zu einem nicht geringen Teil auf dem Konsumverhalten der exzellent bezahlten internationalen Beraterinnen und Berater. Investitionen

aus dem Ausland bleiben die Ausnahme, und die Handelsbilanz leuchtet tiefrot. Zudem ist die politische Lage nach wie vor instabil: Das überwiegend von Serbinnen und Serben bewohnte Nordkosovo weigert sich, die Regierung in Pristina anzuerkennen, und hat ein Gegenparlament sowie von Belgrad geförderte eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen. Eine einvernehmliche Lösung ist nicht in Sicht.

Die deutsche Öffentlichkeit hat in diesem Jahr von all dem wenig wahrgenommen. Die politische Debatte konzentrierte sich auf den zehnten Jahrestag des NATO-Krieges. Die Lage der Menschen vor Ort kam nur am Rande zur Sprache. Damit fehlte ein kritischer Blick auf das deutsche und europäische Engagement. Dies war auch im Europawahlkampf zu spüren. Die Beitrittsperspektive für die von EU-Mitgliedern umgebenen Länder in Südosteuropa spielte kaum eine Rolle. Dabei ist sie ein wichtiger Motor für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen.

Mit ihrer jüngsten Entscheidung, die Visumpflicht für die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Mazedoniens, Serbiens und Montenegros aufzuheben, geht die EU-Kommission einen Schritt voran. Die Reisefreiheit – Ausdruck der europäischen Perspektive – gilt jedoch nur für einen Teil Südosteuropas. Kosovo und Bosnien-Herzegowina bleiben vorerst ausgenommen. Damit werden dort faktisch all diejenigen Menschen benachteiligt, die nicht zugleich auch den Pass eines Nachbarlandes besitzen – ein wirklich schlechtes Signal für die innere Stabilität dieser beiden Staaten. Auch die Bundesregierung betreibt gegenüber Kosovo eine zwiespäl-

tige Politik. Einerseits versucht sie, der daniederliegenden Wirtschaft auf die Beine zu helfen, damit das Land mit der jüngsten Bevölkerung Europas der ständig wachsenden Gruppe arbeitsloser Jugendlicher ohne Ausbildung zumindest teilweise eine Beschäftigung bieten kann. Gleichzeitig zwingt sie junge Menschen, die in Deutschland groß geworden sind, in ihr »Heimatland« Kosovo zurückzukehren. Dass sie dort keine tragfähige Lebensperspektive haben, belegen eindrucksvolle Zeugnisse junger Abgeschobener, die das Goethe-Institut (www.blickzurueck.de) zusammengetragen hat.

Zweifellos ist internationale Unterstützung für Kosovo dringend geboten. An der Effizienz der massiven Hilfsmaßnahmen sind allerdings Zweifel angebracht. Die EU konzentriert sich vor allem auf den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen im Rahmen ihrer EULEX-Mission, mit der Polizisten und Juristen ins Kosovo entsandt wurden. Doch der organisierten Kriminalität konnte bislang kaum Einhalt geboten werden, die Wirtschaft ist noch nicht in Schwung gekommen, und in der Verwaltung liegt weiterhin vieles im Argen.

Hinzu kommt, dass auch das politische Patt im Norden Kosovos dringend gelöst werden muss. Dazu ist es nötig, einen nachhaltigen Versöhnungsprozess zwischen der albanischen und der serbischen Bevölkerung zu unterstützen. Zugleich braucht das internationale Engagement ernsthafte Evaluation, die nicht an nachträglicher Legitimation interessiert ist, sondern an zukünftiger Optimierung. Genauso unverzichtbar sind mehr Transparenz und eine konsistente Gesamtstrategie mit überprüfbaren und klar definierten Zielen.

Wenn das Ziel der EU wirklich die Unterstützung beim Aufbau eines demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich stabilen Kosovos ist, dann müsste dies einige Konsequenzen nach sich ziehen: Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Kosovo müssen selber zu verantwortlichen Akteuren dieses Prozesses werden. Nur wenn dieser Prozess nicht als fremdbestimmt wahrgenommen wird, kann er stabil und nachhaltig sein. Dies aber müsste auch einen Rollenwechsel der großen internationalen Akteure einleiten. Sie könnten in dieser Hinsicht einiges von den Ansätzen und Erfahrungen der Organisationen im Zivilen Friedensdienst lernen, die sich als Beraterinnen, Moderatorinnen und hilfreiche Vermittlerinnen verstehen. Denn: Versöhnung lässt sich nicht verordnen.

Wenn die Kosovarinnen und Kosovaren sich schon jetzt zu den glücklichsten Menschen in Europa zählen – wie viel positiver würde das Umfrageergebnis wohl noch ausfallen, wenn es ihnen gelingen würde, Gesellschaft und Wirtschaft eigenverantwortlich zu entwickeln, und wenn zugleich ein friedliches Zusammenleben der diversen Volksgruppen untereinander sowie mit den Nachbarländern gesichert wäre?

Oliver Knabe

Oliver Knabe arbeitet als Berater und Trainer zum Thema Balkan. Von 2002 bis 2006 war er Regionalkoordinator des forumZFD in Belgrad. Seit 2007 ist er Vorstandsmitglied des forumZFD.

FRIEDENSLAUF



Ministerin startete Berliner Friedenslauf

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul zeigte sich begeistert vom Einsatz der rund 1.200 Läuferinnen und Läufer des Berliner Friedenslaufs 2009 für den Zivilen Friedensdienst. Als

Schirmfrau gab sie am 3. Juli das Startsignal am Brandenburger Tor für die Teilnehmenden aus 25 Berliner Schulen. Fotos und Informationen: www.berlin.run4peace.eu